Antragsbegründung

CDU beantragt neue Reinhaltungsverordnung für Lahnstein

Die CDU in Lahnstein steht schon immer uneingeschränkt für mehr Sicherheit und Sauberkeit.

Und so ist es nicht verwunderlich, dass die Sauberkeit in unserer Heimatstadt Lahnstein uns als CDU Lahnstein sehr am Herzen liegt. Denn eine verschmutzte Stadt ist unattraktiv und vermittelt zugleich den Eindruck eines schleichenden Niedergangs.

In den letzten Monaten mehren sich die Beschwerden Lahnsteiner Mitbürger über Stadtbereiche, in welchen es anscheinend Usus wird Müll in den nicht dafür vorgesehenen Behältnissen zu entsorgen und Zigarettenkippen oder auch Kaugummis einfach auf Gehsteige oder auf Straßen zu entsorgen.

Gleiches gilt für die Hinterlassenschaften unserer Vierbeiner v.a. auf öffentlichen Gehwegen sowie städtischen Parks und Anlagen (inklusive Spielplätze) unserer Stadt, wobei dies eigentlich ein altbekanntes Problem ist.

Ebenso beobachtet man in den letzten Jahren zunehmend Sachbeschädigungen im öffentlichen Bereich, etwa an Grünanlagen und Blumenbeeten der Stadt sowie das Beschmieren und Besprühen im öffentlichen Bereich (wobei dies in Lahnstein noch nicht solche Ausmaße angenommen hat wie in den Großstädten).

Diese Problematik ist nicht ein Lahnstein-spezifisches Problem, sondern betrifft sehr viele Städte in Deutschland.

Die Städte in Deutschland kämpfen mit immer mehr Abfall durch Einweggrills und To-Go-Verpackungen auf Plätzen, Straßen und in Parks.

Die Maßnahmen gegen dieses sogenannte "Littering" und Vandalismus kosten die Kommunen Millionen und auch in Lahnstein könnten sich nennenswerte Kosten einsparen lassen

Viele deutsche Kommunen und Städte reagieren zunehmend mit gesonderten städtischen **Reinhaltungsverordnungen bzw. Polizeiverordnungen**, die diesen Missstand beheben sollen. Diese Verordnungen sind mehr oder minder umfangreich gestaltet und ein Verstoß gegen die dort gelisteten Ordnungswidrigkeiten wird teilweise finanziell sehr schmerzhaft geahndet. So geschehen etwa in (den rot-grün regierten Städten) Köln, Berlin, Leipzig, Dresden, Frankfurt, München oder Mannheim (und die Liste könnte man noch beliebig erweitern).

Beispiel Mannheim:

Achtlos weggeworfene Kaffeebecher, Kaugummis oder ausgetretene Kippen: Für Müllsünder wird es teuer in Mannheim. Die Stadt hat am Montag die Bußgelder erhöht. Ein ausgespuckter Kaugummi kostet 100 Euro.

Wer Zigarettenstummel, Taschentücher oder Pappbecher auf den Gehweg fallen lässt, der muss laut Stadt bis zu 75 Euro zahlen, wenn er von den Müllsheriffs erwischt wird.

Beispiel Köln:

Hier kostet das Ausspucken von Kaugummis 40- 75 Euro, das Wildplakatieren zwischen 50 und 500 Euro (und die Beauftragung hierfür noch mehr), die Verunreinigung durch Tiere (Tierkot) zwischen 45 und 500 Euro oder das unzulässige Verrichten der Notdurft (inklusive Urinieren) 60-150 Euro.

Im Hinblick auf den nicht eben zufriedenstellenden Sauberkeitszustand in Lahnstein und aufgrund des Umstands, dass Lahnstein 2029 das Tor zur BuGa werden soll beantragt die CDU Stadtratsfraktion deshalb, dass auch in Lahnstein das bestehende Regelwerk zeitnah in der Form umgestaltet wird, dass eine möglichst umfassende Reinhaltungsverordnung entsteht.

Umfassend in diesem Sinne bedeutet, dass es zukünftig eine eigenständige Vorschrift geben sollte, um **Verunreinigungen im öffentlichen Raum umfassender begegnen** zu können. Gerade wahrnehmbare Spuren wie weggeworfene Verpackungen, Zigarettenkippen, Graffiti, zerstörte Fensterscheiben oder herumliegender Abfall und Müll, sog. Incivilities, befördern schädigendes Verhalten. Alljährlich muss die Stadt viel Geld aufwenden, um die Verschmutzung in Grenzen zu halten.

Wir wollen, dass auch stärker gegen Schmutzfinken vorgegangen werden kann. Daher unterstützt die CDU auch das Verbot, Schilder und öffentliche Einrichtungen zu bekleben oder zu verschmutzen oder Kaugummis auszuspucken.

Dies beinhaltet auch das Wegwerfen von Müll aus fahrenden Fahrzeugen, insbesondere in Außenstadtbereichen entlang der Zubringerstraßen zur Stadt.

Gleiches gilt für das Hinterlassen von Hundekot auf öffentlichen Gehwegen, Park - und Rheinanlagen, Plätzen sowie das, zumeist nächtliche, Urinieren im öffentlichen Bereich, welches einem zuweilen im wahrsten Sinne des Wortes den Atem nimmt.

Aus unserer Sicht ist es auch sehr begrüßenswert, es künftig zu untersagen, Werbeblätter außerhalb von Gebäuden abzulegen. Dies führte bisher zuweilen dazu, dass diese Druckerzeugnisse zu wahren „Flugblättern“ wurden, die Straßen und Grünanlagen verschmutzten. Es sollte auch möglich sein, gegen die Auftraggeber oder Herausgeber dieser Prospekte vorzugehen und nicht nur gegen die schwer zu ermittelnden Verteiler.

Ein solches Regelwerk erfordert vom Ordnungsamt ein **effizienteres Überwachen dieser Vorschriften, beispielsweise durch einen Müllsheriff**. Diese Stelle eines Müllsheriffs sollte zusätzlich geschaffen werden, und würde sich durch die zu erwartenden Mehreinnahmen aus Ordnungswidrigkeitsgeldern und durch die eingesparten Kosten für die Müllentsorgung weitgehend amortisieren.

In Ergänzung zu unserem Antrag befürwortet die CDU Stadtratsfraktion, dass auch Wünsche und Anregungen aus noch zu bildenden Sicherheitsarbeitskreisen und aus der Bevölkerung der verschiedenen Stadtteilen in die neue Verordnung mit einfließen könnten.

Um die von uns genannte Begrifflichkeit „Zeitnah“ näher zu definieren sollte nach unserer Ansicht als Zeitziel für die Umsetzung einer solchen, neuen Reinhaltungsverordnung der 31. Dezember 2020 avisiert werden.

Wir sehen in solchen Verhaltensregeln eine Basis für ein gedeihliches und respektvolles Zusammenleben in Lahnstein.